

Ludwig, Udo

Article
Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Ludwig, Udo (2008) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 14, Iss. 1, pp. 2-2

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143605>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Editorial

Politiker, hört wenigstens auf Messalinas Rat!

Gegen den Rat führender deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute setzt die Bundesregierung die Einführung branchenspezifischer Mindestlöhne fort. Die Realisierung ihres eigentlichen Ziels „Politik für mehr Arbeit in Deutschland“ gerät damit zunehmend in Gefahr. So verständlich der Wunsch ist, Erwerbsarbeit als Grundlage für den Lebensunterhalt zu bewahren, so gilt genauso, daß auch Mindestlöhne am Markt verdient werden müssen. Wenn sich die Politik für Mindestlöhne entschieden hat, bleibt die Findung der rechten Höhe das Problem. Liegen sie über dem Grenzprodukt der Arbeit, steigen die Kosten, und das drückt auf die Gewinne. Gelingt es den Unternehmen, die Kostensteigerung über die Preise weiterzureichen, dann zahlen alle Verbraucher mit dem Verlust an Realeinkommen. Der Druck auf die Gewinne kann aber auch unmittelbar den Abbau der unrentabel gewordenen Arbeitsplätze nach sich ziehen. Dann steigt die Arbeitslosigkeit sofort.

Die Abwägung der rechten Höhe hat die Bundesregierung den Tarifparteien überlassen. Hier wird der „Bock zum Gärtner“ gemacht. Die Tarifparteien vertreten die Interessen ihrer Klientel, der Besitzer von Arbeitsplätzen bzw. der am Markt etablierten Unternehmen. Sie werden in Versuchung geführt, eine marktbeherrschende Position auszunutzen und die Barriere für den Markteintritt möglichst hoch zu legen. Das belegt die Einführung von Mindestlöhnen bei der Post. Das Interesse von derzeit über 3,5 Millionen registrierten Arbeitslosen wird nicht durch die Tarifparteien vertreten. Das Gemeinwohl, zu dessen Kernbereich „Arbeit für alle“ gehört, bleibt bei der Suche branchenspezifischer Mindestlöhne schnell auf der Strecke. Wenn ein Mindestlohn politisch gewollt war, so hätte die Bundesregierung von vornherein auf die Findung eines gesetzlichen, einheitlichen Mindestlohns setzen sollen und dabei auf internationale Erfahrungen beispielsweise in den angelsächsischen Ländern, in Österreich oder in Skandinavien verweisen können. Zwar lassen sich diese Erfahrungen aufgrund der institutionellen Unterschiede, aber auch die Liberalisierung am Arbeitsmarkt nicht direkt auf die Situation in Deutschland übertragen, sie zeigen aber, daß der Schaden für die Beschäftigung minimiert werden kann. Dazu hätte auch Messalina geraten: Wenn die Wahl zwischen verschiedenen Übeln zu treffen ist, wähle das kleinste. Die Höhe des Mindestlohns, so er politisch gewollt ist, sollte einem Markttest unterworfen werden, bei dem mit einem niedrigen Niveau um fünf Euro je Stunde begonnen wird und die beobachtbaren Folgen für die Beschäftigung evaluiert werden. Dann kann beispielsweise Jahr für Jahr korrigiert und an das veränderte Umfeld angepaßt werden. Reicht der Mindestlohn nicht zum Lebensunterhalt, sind Instrumente aus dem Bereich der Sozialpolitik und nicht der Wirtschaftspolitik gefragt.

*Udo Ludwig
Leiter der Abteilung Makroökonomik*